



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 14. bis 20. August)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 14. bis 20. August)

Auswärtige Politik

Das deutsch-russische Abkommen — Deutschlands Kampf um die offene Tür — Stand der Marokkoverhandlungen — Stimmungsmache und Presse

Nachdem schon vor einigen Tagen französische und englische Blätter über den Inhalt der deutsch-russischen Abmachungen, Persien betreffend, aus Petersburg zu berichten wußten, wurde am Sonntag der Wortlaut des Abkommens in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht. Überraschungen hat es nicht gegeben. Der Vertrag legt nur dasjenige in schriftlicher Form, auch bezüglich Persiens, fest, was seit Jahren den Inhalt der deutschen Auslandspolitik bildet: das Prinzip der offenen Tür, für das die deutsche Diplomatie in China, Amerika und Afrika mit Erfolg eingetreten ist, wird nun noch ein weiteres Mal auch für Persien schriftlich anerkannt und unterstrichen. Darum bedeutet der Vertrag auch durchaus keine Neuerung in den Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen oder für den deutschen Ausfuhrhandel; er faßt, wie gesagt, lediglich längst bestehende Zustände in die Form eines kurzen Vertrages. Darum hat der Vertrag an sich auch nicht so sehr eine Bedeutung für die handelspolitische Stellung Deutschlands in Persien, als vielmehr für den weiteren Ausgleich in den diplomatischen Beziehungen zu Rußland. Es ist bekannt, wie die russische Presse seit Jahren eifersüchtig alle Schritte verfolgte, die seitens deutscher Kaufleute zur Ausbreitung des Absatzes deutscher Waren unternommen wurden. Vielfach wurde es so dargestellt, als wolle Deutschland festen Fuß im Kaukasus fassen und dort dem russischen Einfluß Abbruch tun. Derartige Nachrichten stammten zum größten Teil aus englischen Quellen, die mit vollem Bewußtsein die persönlichen Beziehungen zu trüben strebten, die sich zwischen deutschen und russischen Diplomaten nur zu leicht immer wieder zu knüpfen pflegen. Bei der Nervosität, die in Rußland seit zehn Jahren herrscht, wurden derartige Ausstreuungen selbst in amtlichen Kreisen an der Nema ernster genommen, als sie es verdienten und die englische Diplomatie vermochte im Trüben zu fischen. Naturgemäß entstand hieraus um so eher eine Atmosphäre des Mißtrauens als der deutsche Handel sich tatsächlich und allen Bemühungen des russischen Finanz- bzw. Handelsministers zum Trotz in Persien ausbreitete. So kam es, daß es vor noch gar nicht langer Zeit und selbst nach dem russisch-japanischen Kriege, den sich Deutschland doch in keiner Weise zu einem Vorstoß gegen Rußland zunutze gemacht hatte, kaum möglich war, über persische Dinge in Petersburg zu sprechen, geschweige denn zu verhandeln. Überall begegnete unsern Konsuln und Diplomaten Mißtrauen. Dieses Mißtrauen beseitigt zu haben, das ist der wesentlichste Wert des neuen Vertrages oder richtiger: der Wert der Verhandlungen, die mit dem Vertrage ihr Ende erreicht haben. Während der Verhandlungen sind selbstverständlich alle die Vorwürfe, die in Rußland gegen Deutschland erhoben wurden, zur Sprache gekommen und es ist den deutschen Unterhändlern ein leichtes gewesen nachzuweisen, worin deren Ursachen und Ursprung zu suchen sei. Und das scheint mir das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen zu sein. Der persische Schatten

ist aus den deutsch-russischen Beziehungen verbannt und England erneut als Zwischenträger bloßgestellt.

Wir wünschten, es gelänge Herrn von Riederlen auch an anderer Stelle die verderbliche Tätigkeit der englischen Diplomatie bloßzulegen, es gelänge ihm nachzuweisen, wie es wieder England in erster Linie ist, das die deutsch-französischen Verhandlungen stört, und wie von englischer Seite jedes Moment gewissenlos aber klug ausgenutzt wird, um Deutschland in einen Krieg mit Frankreich zu heizen.

Leider wird die Tätigkeit der deutschen Diplomatie durch die Stellungnahme der nationalen Presse in Deutschland im Marokkohanbel empfindlich beeinträchtigt. Ich verkenne durchaus nicht den Wert, den besonders die in der Presse zutage getretene Einmütigkeit im Hinblick auf die innerpolitische Lage hat, aber ich möchte sie auch nicht überschätzt wissen; ich kann nicht glauben, daß sie einen günstigen Einfluß auf die deutsch-französischen Verhandlungen ausübt. In unserer Presse kommt vielfach eine Stimmungsmache beteiligter Kreise zum Ausdruck, die wahrscheinlich nicht hätte so verheerend wirken können, wenn überall die verantwortlichen Persönlichkeiten in den Redaktionen am Platze gewesen wären. Aber wie es so der Sommer mit sich bringt: die Chefs weilen in den Ferien, die saure Gurke regiert. Das beste Beispiel für die Richtigkeit meiner Auffassung liegt in der geradezu unverständlichen Entgleisung der Post, die deren Herausgeber gern ungeschehen machen würde. Solche an Gewissenlosigkeit streifende Fehler sind seitens der deutschen Presse zu Duzenden begangen worden und der Klagenjammer wird wahrscheinlich nicht ausbleiben, auch bei den Lesern nicht, die sich dem Laumel der Presse widerstandslos hingeeben haben. Ob die Presse in dieser Situation gut abschneidet, soll hier nicht untersucht werden; vielleicht gibt demnächst eine Betrachtung über die innerpolitische Lage bessere Gelegenheit dazu.

S. Cl.

Herr Generalmajor v. Voebell schreibt uns:

„Fest steht schon jetzt, daß die Zeitungsartikel, in denen übertriebene Forderungen vertreten wurden, Deutschland nicht, dem Auslande aber zum Vorteil gereichten; handelt es sich doch nicht um Forderungen eines Siegers nach einem glücklichen Kriege. Und selbst nach einem solchen werden den Sieger Weltpolitik, vorangegangene Abmachungen und Verträge zur Mäßigung bei seinen Forderungen zwingen. Durch derartige Artikel wurden Hoffnungen erweckt, die zu erfüllen gar nicht in der Absicht der Regierung gelegen hat. Andererseits konnte aber die Regierung aus der Haltung der nationalen Presse auch entnehmen, daß der Friede um jeden Preis nicht den Anschauungen des deutschen Volkes entsprach; das gibt der Regierung besondern Rückhalt bei den Verhandlungen über die Marokkofrage. Es kam für Deutschland darauf an, für den tatsächlichen Bruch der Algecirasakte von Frankreich eine Entschädigung zu erhalten. Hierbei legte die Regierung den größten Wert auf die Sicherung der Freiheit für den deutschen Handel in Marokko, nebenher lief die Kompensationsfrage. Wünschenswert wäre es, wenn der Landerverb durch Kompensation derart ausfiel, daß die Kosten, die jeder Erwerb von Kolonialland in sich schließt, gedeckt werden. Auch müßten sich in späteren Jahren die Mehr-

ausgaben für das Reichsheer bezahlt machen, die durch den französischen Machtzuwachs bedingt sind.

Zurzeit konzentrieren sich die Verhandlungen auf die Sicherung der freien Hand für den deutschen Handel. Hierfür von Frankreich wertvolle Garantien zu erlangen, ist die schwierige Aufgabe der deutschen Diplomaten. Schwer ist es, die Frage zu beantworten, was unter derartigen Garantien zu verstehen ist. Ohne den Wert der nun folgenden Vorschläge ermessen zu können, sollen sie doch hier und zwar ohne Begründung niedergeschrieben werden, da sie Wünsche deutscher in Marokko angelegener Familien umfassen:

Einsetzung eines Schiedsgerichts sowie von internationalen Bezirkschiedsgerichten zur Schlichtung von Besitzstreitigkeiten zwischen Europäern. Gemeinsame Verwaltung von Bahnen, Straßen usw. Berechtigungserteilung an Bergwerks- und Fabrikbesitzer zum Bahn- und Straßenbau von den Anlagen zu den Häfen und öffentlichen Bahnen. Auflösung französischer Verwaltungsbehörden und Unterbindung der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit des Büro Arabe. Berechtigung der uneingeschränkten Benutzung von Telegraphen- und Bahnlinien zu gemeinsam festgesetzten Tariffätzen. Wiederherstellung und Erweiterung der Rechte des Oberst Müller als Chef der Hafenpolizei.

In dem Reichs Spiegel der Nr. 32 der Grenzboten sind die Mutungsrechte auf Erz in die erste Linie gestellt und die Sicherung des Abbaus sowie die ungehinderte Ausfuhr als wichtigste Forderung bezeichnet. Das ist unbedingt zutreffend. Wenn aber in dem Artikel gesagt ist, daß erst in zweiter Linie die Forderung komme, ob die Ausfuhr von Erz von deutschen Firmen zu besorgen sei, so ist dem entgegenzuhalten, daß nach meiner Kenntnis der Verhältnisse lediglich die ErzAusfuhr aus den in deutschen Händen befindlichen Bergwerken für Deutschland garantiert sicher ist. Ein Verfügungsrecht über den von Franzosen auf Schürffchein hin erworbenen Bergwerksbesitz haben natürlich nur die Eigentümer selbst. Es kann daher auch kein Zwang auf sie ausgeübt werden, daß sie die Erze sogleich rationell abbauen. Niemand vermag zu verhindern, daß der Abbau um Jahrzehnte verzögert wird. So kann nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus rein wirtschaftlichen, der Konkurrenz wegen zum Beispiel, Deutschland vom marokkanischen Erzbezug auf unbestimmte Zeit ausgeschlossen werden. Wirtschaftliche Maßnahmen, durch die die ErzAusfuhr uns im höchsten Grade erschwert oder unmöglich gemacht wird, sind zahlreich und können hier nicht einzeln aufgeführt werden.

Man kann wohl sagen, daß selbst in der französischen Presse die Marokkofrage zurzeit sachlicher behandelt wird. Vor allem sind in der militärischen Fachpresse die Stimmen verstummt, die in leichtfertiger Weise anklagen an den Ruf à Berlin nach dem verhängnisvollen archiprécé des Kriegsministers von 1870. Nach dem aufklärenden Artikel in Nr. 32 der Grenzboten könnte auch hier die Erörterung der Frage zunächst ruhen; einem alten Offizier sei aber noch gestattet, seinen Unwillen über den bekannten, aufreizenden Artikel der „Post“ Ausdruck zu geben, wenn dieses auch bereits seitens vieler Patrioten geschehen ist. Die „Post“ ist verfallen und gerichtet, sie hat an Schmähung des Kaisers den „Vorwärts“

übertroffen. Königstreue Männer werden sich von ihr abwenden. Der Artikel zeugt von einer geradezu lächerlichen politischen Ignoranz des Verfassers, der von den einschlägigen Verhältnissen keine Ahnung zu haben scheint. Er weiß nicht einmal, daß derartig schwerwiegende Fragen geraume Zeit, ehe sie der Öffentlichkeit bekannt werden, eingehend in den leitenden Kreisen geprüft werden, daß der Kaiser außer dem Reichskanzler Diplomaten und militärische Sachverständige anhört, über alle Phasen der Verhandlungen auf dem Laufenden erhalten wird, und daß nichts ohne seine Einwilligung geschieht. Er hat bei großen Fragen des öfteren bewiesen, daß er sich dem Rat seines Kanzlers unterordnet. Unser Kaiser ist aber auch Soldat und als militärischer Führer seiner Veranlagung nach, auch als schneidiger Reiterführer ein Draufgänger, wenn dieser Ausdruck, der nicht ganz das Richtige trifft, einem so hohen Herrn gegenüber erlaubt ist. Als Kaiser muß er sich selbst, dem Soldaten, Fesseln anlegen, wenn es das Wohl seines Volkes verlangt. Das mag ihm oft nicht leicht werden. Töricht ist das Bemühen des Verfassers des Postartikels unsern Kaiser herabzusetzen. Nichts hat dem deutschen Ansehen im Auslande mehr geschadet, als dieses Unterfangen, das greller als alles Parteigezänk die innere Zerrissenheit Deutschlands beleuchtet!“

Bank und Geld

Futternot und Lebensmittelteuerung — Agrarzölle und Grenzsperr — Generalstreik in England — Bedeutung der Arbeiterorganisationen — Die Börse im Inland und New York — Besserung der Eisenindustrie — Erneuerung der Verbände — Geldmarkt und Herbstansprüche

Das noch vor einigen Wochen so aussichtsreich scheinende Bild der volkswirtschaftlichen Entwicklung, ist in den jüngsten Tagen stark getrübt worden. Erneute politische Sorgen wegen des stockenden Gangs der Marokkoverhandlungen, Arbeiterrevolten und Generalstreik in England, Futternot und drohende Lebensmittelteuerung in Deutschland — bedarf es noch eines Weiteren, um mit Sorge in die nächste Zukunft zu blicken? Freilich, für und in Deutschland ist, wenn wir von der wenig erfreulichen politischen Situation absehen, an deren Ernst zu glauben sich niemand recht entschließen kann, die Sorge um das Wohlergehen der einheimischen Landwirtschaft und um die Ernährung der Bevölkerung die nächstliegende und dringendste. Alle Energie muß aufgewendet werden, um dem für Herbst und Winter drohenden Notstand vorzubeugen. Die lang anhaltende Dürre hat einen vollständigen Mißwachs der Futtermittel herbeigeführt und der Kartoffelernte so erheblichen Schaden zugefügt, daß mit einem Ausfall von 40 bis 50 Prozent zu rechnen ist. Da nun der Kartoffelverbrauch in Deutschland für Ernährungs-, Futter- und gewerbliche Zwecke sich auf etwa 400 Millionen Doppelzentner beläuft, so ist eine Kalamität höchsten Grades unabwendbar, wenn nicht schleunigst Maßregeln ergriffen werden, um die bevorstehende Not zu hindern. Ist doch bereits jetzt der Preis für Speisekartoffeln bis auf 6 Mark, ungefähr um das Doppelte, gestiegen und die Folgen dieser Teuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel müssen sich mit Notwendigkeit im gesamten wirtschaftlichen Leben geltend machen. Schon hat die Spirituszentrale diesen Verhältnissen Rechnung getragen

und den Verkaufspreis für Primasprit zur prompten Lieferung um annähernd 11 Prozent erhöht, einschneidender aber wird die Wirkung sein, welche die Preisverschiebung auf die Viehhaltung und die Fleischversorgung ausüben wird. Die Staatsregierungen von Preußen, Bayern und Sachsen haben denn auch angesichts der Dringlichkeit der Sachlage Schritte eingeleitet, um der drohenden Gefahr vorzubeugen. Der preussische Landwirtschaftsminister hat in einem Rundschreiben an die Landwirtschaftskammer diese aufgefordert, einer Einschränkung der Viehhaltung entgegen zu wirken. Leider aber werden die Maßregeln, welche er vorschlägt, sich kaum als ausreichend erweisen. Hier zeigt es sich deutlich, welche Nachteile die agrarischen Hochschutzzölle in kritischer Zeit besitzen. Nur eine schleunige Suspension oder eine starke Ermäßigung der Zölle auf Futtermittel, die Gewährung von Ausnahmetarifen und die Erleichterung der Vieheinfuhr könnte einigermaßen Abhilfe schaffen. In Bayern haben denn auch die landwirtschaftlichen Kreise mindestens die Aufhebung der Maiszölle verlangt. Der preussische Landwirtschaftsminister stellt aber von diesen Maßregeln, die allerdings zu seiner Kompetenz nicht gehören, nur die eventuelle Gewährung von Ausnahmetarifen in Aussicht, während einer auch nur vorübergehenden Änderung der Zollmaßregeln auch nicht mit einem Worte gedacht wird. Man wird aber, unbekümmert um den Ärger der extrem agrarischen Presse, solche Erleichterungen mit Nachdruck fordern müssen. Wie übel es mit der Fleischversorgung bestellt ist, zeigen die eigenen Feststellungen des Ministers, denen zufolge am 1. August 17699 Gehöfte in 3269 Gemeinden von der Maul- und Klauenseuche befallen waren, fast die dreifache Anzahl gegen den Januar dieses Jahres. Das ist eine Statistik, die den Wert der rigorosen Grenzsperrern überhaupt in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen läßt, die aber ganz gewiß nicht danach angetan ist, die Aufrechterhaltung der Sperre zu rechtfertigen, wenn es gilt, einem Notstand in der Fleischversorgung zu begegnen. Hier handelt es sich um das Wohl und Wehe der Allgemeinheit, um die Ernährung der großen Menge der Bevölkerung, und es müßte die äußerste Erbitterung erwecken, wenn die Reichsregierung auch angesichts einer so dringenden Notlage an dem agrarischen Dogma des isolierten Staates festhalten wollte, zumal die Interessen der konsumierenden Bevölkerung und die der kleinen Landwirte in dieser Frage sich durchaus decken.

Über die deutsche und englische Arbeiterbewegung haben wir bereits in der letzten Übersicht berichtet. Während nun aber in Deutschland glücklicherweise die angedrohte Aussperrung der Metallarbeiter nicht zur Tatsache zu werden scheint, weil ein überwiegender Teil der Industriellen Kaltblütigkeit genug besitzt, sich nicht vor den Wagen einiger Heißsporne spannen zu lassen, ist die Entwicklung der Dinge in England einen anderen Weg gegangen. Kaum war der Streik der Dockarbeiter in London notdürftig beigelegt, so flammte die Unzufriedenheit an anderen Stellen auf. In Liverpool kam es zunächst zu ausgedehnten Arbeitseinstellungen der Hafen- und Transportarbeiter, die zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und der bewaffneten Macht führten. Weit entfernt aber, daß die Bewegung unterdrückt worden wäre, griff sie vielmehr auf die Verbände der Eisenbahnangestellten über und trotz der Vermittlungsversuche der Regierung hat sich der Generalstreik der Verkehrsbeamten nicht abwenden lassen. Im größten Teil des Vereinigten Königreichs, vornehmlich in Nord- und Mittelengland, stockt der

Verkehr; ungeheuer und unberechenbar ist der Schaden, der dem gesamten Wirtschaftsleben der Nation und auch des Auslandes zugefügt wird. Liverpool ist ein Hauptstapelplatz für den Baumwollhandel der Welt; die Lahmlegung desselben, wenn auch nur für kurze Zeit, bedeutet unersehbare Verluste für die englischen und nicht minder die deutschen Spinnereien. Beträgt doch der Wert der jährlichen Baumwolleneinfuhr in Deutschland annähernd 500 Millionen Mark! Diese Entwicklung der englischen Arbeiterverhältnisse, die eine so fühlbare Rückwirkung auf unsere Industrie auszuüben vermag, ist daher interessant genug, um ihr eine kurze Beachtung zu widmen.

Charakteristisch erscheint an den gegenwärtigen Vorgängen, daß die englischen Gewerkschaften, die Trades Unions, nicht mehr Herr der Bewegung geblieben sind und das Heft aus den Händen verloren haben. Man war bisher gewohnt, die englischen Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Disziplin als musterhaft, hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Wirksamkeit als ein unerreichtes Vorbild anzusehen. Dem scheinen die turbulenten Arbeitseinstellungen, die Machtlosigkeit des Auftretens der Arbeiterführer und die allgemeine Disziplinlosigkeit zu widersprechen. Dies erklärt sich daraus, daß die Träger der Bewegung nicht sowohl die organisierten als die ungelerten Arbeiter sind. Aus diesem Grunde haben es denn auch die Eisenbahngesellschaften abgelehnt, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, weil sie dieselben nicht als Vertreter der streikenden Partei betrachten. Bei Lichte besehen erklären sich die Vorgänge daher gerade dadurch, daß es sich um einen Kampf unorganisierter Arbeitermassen handelt, der stets unüberlegter und maßloser geführt wird und beiden Teilen, vornehmlich aber den Arbeitern selbst, zu größerem Schaden gereicht, als wenn eine wohldisziplinierte Organisation die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern in die Hand nimmt. Diese hat ein ausgeprägteres Verantwortungsgefühl und ein unmittelbares Bewußtsein von dem wirtschaftlichen Schaden einer allgemeinen Arbeitseinstellung, welche die mühsam gesammelten Unterstützungsgelder in wenigen Tagen aufzehrt. Organisierte Arbeiter werden daher in der Regel, wenn auch tadelnswerte Mißgriffe nicht ausgeschlossen sind, doch nur in den zwingendsten Fällen zu dem Kampfmittel der Arbeitseinstellung greifen, und im übrigen vorhandene Differenzen mit den Arbeitgebern leicht im Wege der Vereinbarung regeln können, sofern nur die letzteren Einsicht genug besitzen, die Notwendigkeit und die Wohltat der Arbeiterorganisation anzuerkennen und nicht, wie das leider noch so vielfach geschieht, den industriellen Arbeitsvertrag als einen Ausfluß ihrer eigenen privatwirtschaftlichen Selbständigkeit betrachten, deren Antastung sie wie eine Selbsterniedrigung empfinden. Ganz unabweisbar aber wird die Anerkennung der Arbeiterorganisationen und die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge, wenn die Unternehmer einen Betrieb führen, dessen ungestörte Aufrechterhaltung nicht nur in ihrem eigenen privatwirtschaftlichen, sondern im öffentlichen Interesse liegt, wie bei den Eisenbahnen. Diese gehören, wie heute kein Einsichtiger mehr bezweifelt, wegen ihrer öffentlichen Bedeutung überhaupt nicht in die Hände von Erwerbsgesellschaften, sondern in die Hände des Staates. Wir können uns glücklich preisen, daß solche beklagenswerten Erfahrungen, wie sie im vorigen Jahr in Frankreich und gegenwärtig in England gemacht worden sind, uns erspart bleiben werden. Gegen die Gemeingefährlichkeit der verbrecherischen

Sabotage können nicht die Repressivmaßnahmen des Staates, sondern nur Verantwortlichkeitsgefühl und Disziplin schützen. Und hieraus ist denn zu ersehen, wie kurzichtig die englischen Eisenbahnverwaltungen gehandelt haben, wenn sie die von Lloyd George vor vier Jahren eingeführten Einigungsämter derart zu benutzen und zu beeinflussen wußten, daß die Angestellten über deren Parteilichkeit in Empörung gerieten. Quidquid delirant reges plectuntur Achivi: die Folgen einer solchen im höchsten Grade unsozialen Geschäftspolitik hat jetzt das gesamte Land zu tragen. Es ist auch uns nützlich, diese Entwicklung vor Augen zu haben und aus ihr zu lernen.

Die Börse bedarf unter diesen Umständen aller Widerstandskraft, um nicht ganz aus der Fassung zu geraten. Erneute Kursrückgänge, insbesondere auf dem Montanmarkt, waren natürlich um so weniger vermeidlich, als die New-Yorker Börse ihre Ruhe noch nicht wiedergefunden hat, sondern in unvermitteltem Tendenzwechsel die Kurse auf und niederschwanke läßt. Es bestätigt sich aber immer mehr die Mutmaßung, daß diese Kursbewegung hauptsächlich das Resultat von Operationen der Großfinanz ist, wie hier bereits ausgeführt wurde. Angeblich soll aus dem Nachlaß des verstorbenen Eisenbahnkönigs Harriman, des Beherrschers der Union Pacific, in erheblicher Menge Material auf den Markt geworfen worden. Wie dem auch sei, die wirtschaftlichen Aspekte der Union stehen günstig, und lassen einen Pessimismus gerade jetzt als wenig angebracht erscheinen. Insbesondere ist die Besserung in der Eisenindustrie unverkennbar und die allenthalben eintretenden Preissteigerungen beweisen, daß erfreulicherweise die Lage des Weltmarktes eine gesündere geworden ist und der Verbrauch zunimmt. Wir haben daher auch keine Veranlassung, hinsichtlich der Weiterentwicklung unserer einheimischen Industrie trübe zu sehen. Bleibt der Frieden erhalten, so wird die Besserung der Konjunktur der Industrie ganz von selbst über die Schwierigkeiten hinweghelfen, mit denen sie jetzt noch zu kämpfen hat. Die Frage der Erneuerung der Verbände, die jetzt so vieles Kopferbrechen verursacht, wird dann, nach früheren Erfahrungen zu urteilen, sich im Handumdrehen lösen, so laut auch noch die Stimmen derer tönen, die in einer Erneuerung der Verbände nur die Durchfütterung schwacher Elemente auf Kosten der Leistungsfähigen erblicken. Diese möchten je eher je lieber die Eisenindustrie vertrustet sehen; wenige gemischte Riesenbetriebe, die auch unter ungünstigen Verhältnissen durch die Herabdrückung der Selbstkosten noch lohnend arbeiten können und denen eine Verständigung unter einander alsdann nicht schwer fallen würde. Unleugbar drängt die Entwicklung jetzt nach diesem Ziel; doch wäre aus Gründen naheliegender Natur die Ausbildung einer monopolistischen Industrie ein höchst unerwünschtes Ergebnis, dem denn auch weder der Staat noch die Allgemeinheit ruhig zuschauen dürften. Doppelt erfreulich ist es daher, daß die aufsteigende Konjunktur Diskussionen über dieses Thema ersparen wird; denn die Gunst der Sachlage wird selbst für einen schnellen Zusammenschluß der Interessenten sorgen.

Mit dem Herannahen des Herbstes bildet der Geldmarkt den Gegenstand aufmerksamer Beobachtung. Einstweilen sind die Geldsätze noch vergleichsweise niedrig, wenn sie auch in der letzten Zeit eine Anspannung erfahren haben. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß infolge der frühzeitigen Getreideernte die regelmäßigen Herbstbedürfnisse sich schon geltend zu machen beginnen. Auch ist

von dem bedeutenden ausländischen Guthaben ein beträchtlicher Teil wieder nach Frankreich und Amerika, wofür letzteres ebenfalls erhöhten Bedarf wegen der Erntebewegung zeigt, wieder abgeschlossen. Die fernere Entwicklung der Geldverhältnisse wird nun vornehmlich von der Lage am internationalen Geldmarkt abhängig sein. Diese läßt sich zurzeit noch nicht übersehen; für das Inland aber wird infolge der Futternot mit erhöhten Geldansprüchen zu rechnen sein. Im Vorjahr hat die Reichsbank ihren Diskontsatz im Herbsttermin auf 5 Prozent erhöht; die Verschlechterung des Status am 30. September belief sich damals auf 758 Mill. Mark. Für dieses Jahr ist eine noch höhere Inanspruchnahme unzweifelhaft zu erwarten. Im Unterschied gegen das Vorjahr aber dürfte diesmal der Herbsttermin ohne eine Anziehung der Diskontschraube vorübergehen. Denn die Reichsbank verfügt nicht nur über einen außergewöhnlich hohen Metallbestand (1202 Millionen nach dem letzten Ausweis gegen 1063 im Vorjahr), sondern auch über ein um 277 Millionen höheres steuerfreies Notenkontingent. Es könnten also die Ansprüche in diesem Herbst gewaltig wachsen, ohne daß das Institut genötigt wäre, eine Herauffezung des Diskontsatzes vorzunehmen. Spectator

Bücherliste

- Michel, Robert:** Geschichten von Insekten. Berlin, S. Fischer. M. 3.—.
- Fischer, Otto:** Vom Aufgang neuer Zeit. München, Martin Möhrles Verlag. M. 2.—.
- Schrott-Fischer, Hans:** Der Bauernprofessor. Roman aus dem heutigen Tirol. Köln, J. P. Bachem. M. 4.—.
- Dehne, Karl:** Das Börschekkonto. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung. M. 0,80.
- Ehrenberg, Dr. Hans:** Die Geschichte des Menschen unserer Zeit. Heidelberg, M. 2.—.
- Grafer, Kurt:** Der Zweite Kampf. Heidelberg, Otto Peters. M. 2.—.
- Kellerman, Bernhard:** Yester und Ii. Berlin, S. Fischer. M. 1.—.
- v. Jepsin, C.:** Der ferne Osten. 3. Teil: Rußland in Asien. Berlin, Buchschwerdt & Co. M. 6,50.
- Arndt, Prof. Dr. Paul:** Die Heimarbeit im rheinmainischen Wirtschaftsgebiet. Band 2. Jena, Gustav Fischer. M. 9,25.
- Voelker, A. und Straß, H. L.:** Biblisches Lesebuch für evangelische Schulen. 15. Aufl. Neubearbeitet von D. Dr. Hermann A. Straß. Leipzig, W. G. Teubner. M. 1,20.
- d'Arbeux, Capitaine:** L'officier contemporain. Paris, Bernard Grasset. Frs. 2.—.
- Bruni, Georges:** Impressions Militaires. Paris, Bernard Grasset. Frs. 3,50.
- Auffstieg und Niedergang der Völker.** Von einem Deutschen. Berlin-Schlachtensee, Volkserzieher-Verlag.
- Dick, Heinrich:** Die Beschwerdeordnungen für das Heer und für die Kaiserliche Marine. Rastatt, G. Greiser. M. 2,80.
- Weinhold, Wilhelm:** Sidonia von Bork, die Klosterhege. 2 Bände. Leipzig, Insel-Verlag. M. 6.—.

- Löns, Hermann:** Da draußen vor dem Tore. Barendorf, J. Schnell'sche Buchhandlung. M. 3,50.
- Neumann, Friedrich:** Neudeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin-Schöneberg, Fortschritt-Buchverlag „Gilfe“ M. 4.—.
- Photiades, Konstantin:** George Meredith. Paris, Librairie Armand Colin. Frs. 8,50.
- Brunker, H. M. E.:** The army annual and year book. 1911. London, William Clowes & Sohn. Doll. 6.—.
- Braun, Lily:** Memoiren einer Sozialistin. 2. Band. München, Albert Langen. M. 6.—.
- Branca, Dr. Wilhelm:** Der Stand unserer Kenntnisse vom fossilen Menschen. Leipzig, Breit & Comp. M. 2,50.
- Bürger, Richard:** Friedrich Adolf Ebert. Leipzig, Rudolf Haupt. M. 6.—.
- Burgbauer, Wolfgang:** Kardeif. Wien, Carl Konegen. M. 3,50.
- Lehrmeister-Bibliothek.** Leipzig, Fachmeister & Thal. Nr. 12—14: Der Selbstinstallateur elektrischer Hausanlagen, von H. Hecht. M. 0,80. — Nr. 15: Elektrizität im Haushalt, von R. Bernide. M. 0,20. — Nr. 71: Schlofferarbeit für den Hausgebrauch. I. u. II. Teil von Prof. Julius Koch. M. 0,20. — Nr. 117—119: Kalkulation im Gewerbebetriebe, von Prof. Julius Koch. M. 0,60. — Nr. 120: Selbstfertigung eines Elektromotors, von Karl Demmel. M. 0,20. — Nr. 188: Tischlerarbeit für den Hausgebrauch von Johannes Harber. M. 0,20.
- Wolke, Dr. Curt:** Xenophons Skrupädie. Leipzig, Philipp Reclam jun. M. 0,80.
- Die Finnländische Frage im Jahre 1911.** Von einem Mitglied des finnländischen Landtags. Leipzig, Dunder & Humblot. M. 3,20.
- Zolger, Dr. Ivan:** Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Leipzig, Dunder & Humblot. M. 9.—.
- Schwaller, Curt:** Dessauermarsch. Leipzig, Tenien-Verlag. M. 2.—.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedebau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 87.